



Überfälliger Beitrag zu fairem Wettbewerb / Bundestag zwingt Apple, Schnittstelle für Mobile Payment zu öffnen

(Mynewsdesk) München, 14. November 2019 - Als einen überfälligen Beitrag zu fairem Wettbewerb? beurteilte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), die heute im Bundestag anstehende Entscheidung zu mobilen Zahlungsdiensten. Damit soll der Technologieriese Apple gesetzlich gezwungen werden, seine NFC-Schnittstelle zum mobilen Bezahlen für andere Finanz-Apps wie zum Beispiel die VR-BankingApp zu öffnen. Die Schnittstelle war bisher, anders als bei Android-Handys, dem hauseigenen Bezahlendienst Apple Pay vorbehalten. Die Freigabe schafft faire Wettbewerbsbedingungen?, freut sich Gros. Denn Banken sind schon heute verpflichtet, Zahlungsdienstleistern und Finanz-Apps im Rahmen der Zahlungsdiensterichtlinie PSD2 kostenfreien Zugang zu ihren Kontodaten zu gewähren.

Für diese Entscheidung haben wir lange gekämpft?, betont Gros. Apple hat seine Marktmacht für mobiles Bezahlen ausgenutzt. Damit ist jetzt Schluss. Künftig können die Banken auf allen Handy-Plattformen eigene Apps zur Zahlungsabwicklung anbieten?, sagt Gros. Nach der heute bevorstehenden dritten Lesung im Bundestag wird das Gesetz im Bundesrat weiter beraten. Der GVB-Präsident appelliert an die Länder, dem Vorhaben zuzustimmen. Damit machen sie den Weg frei für einen offenen Wettbewerb bei mobiler Bezahlung.?

Diese Pressemitteilung wurde via Mynewsdesk versendet. Weitere Informationen finden Sie im Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Pressekontakt

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Dr. Gerald Schneider
Türkenstr. -24 22
80333 München

presse@gv-bayern.de

Firmenkontakt

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Dr. Gerald Schneider
Türkenstr. -24 22
80333 München

shortpr.com/0a9jhr
presse@gv-bayern.de

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 125 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.242 Mitgliedern zählen 236 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie mehr als 1.000 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,9 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat. (Stand: 31.12.2018)